

Der ökonomische Charme der sozialen Gerechtigkeit

Zusammenfassung eines Vortrages beim Verein für Gesellschafts- und Wirtschaftswissenschaften am 10. März 2004 in Wien

„Die Werte der Linken – Solidarität, soziale Gerechtigkeit, Schutz der gesellschaftlich Schwächeren sind in der heutigen Welt noch immer von entscheidender Bedeutung. Aber die alten Strategien und Institutionen, einschliesslich der bestehenden Strukturen des Wohlfahrtsstaats, können das nicht länger gewährleisten. Die meisten unserer Institutionen brauchen Modernisierung.“ Anthony Giddens

Dieser Aussage von Anthony Giddens, einem der Vordenker der sozialdemokratischen „Modernisierer“ in Europa, könnte ich gut zustimmen – wenn ich nicht wüsste, dass wir zwar gleiche Worte verwenden, aber ganz anderes damit meinen. Wie bei vielen „Modernisierern“ heisst soziale Gerechtigkeit auch für Giddens vor allem Chancengerechtigkeit und Leistungsgerechtigkeit, nicht aber Verteilungsgerechtigkeit. Der deutsche Wirtschaftsminister Wolfgang Clement hat das in seiner Rede auf einer Veranstaltung zum Thema „Grundwerte heute: Gerechtigkeit“ im Jahr 2000 in Berlin zusammen mit Anthony Giddens sehr deutlich gemacht.

Folgt man Clement, Giddens und anderen sozialdemokratischen „Modernisierern“, ist die Sache ganz einfach: In einer globalisierten und wissensbasierten Volkswirtschaft ist das Festhalten an Verteilungsgerechtigkeit ein Irrweg, weil die Erwirtschaftung des Wohlstandes immer schwieriger wird und deshalb der Erwirtschaftung des Wohlstands gegenüber dessen Verteilung der Vorrang zu geben ist – im Interesse von Leistung und Gerechtigkeit.

Im Gegensatz dazu werde ich im Folgenden argumentieren, dass im Interesse der wirtschaftlichen Leistung und der Erwirtschaftung des Wohlstands, aber auch im Interesse von Chancen- und Leistungsgerechtigkeit, die Verteilungsgerechtigkeit gerade in einer globalisierten und wissensbasierten Volkswirtschaft ein zentrales Anliegen von Politik sein muss. Ich behaupte mit anderen Worten, dass Verteilungsgerechtigkeit eine wichtige und unabdingbare Voraussetzung für die Leistungsfähigkeit und die Wachstumsdynamik einer wissensbasierten Volkswirtschaft ist – einer wissensbasierten Volkswirtschaft, die im globalen Wettbewerb steht. Ich begründe dieses Argument nicht normativ, sondern ökonomisch.

Bevor ich diese Argumentation weiter ausführe und begründe, will ich in einem kurzen Exkurs noch kurz auf die Frage eingehen, wo denn das zentrale Problem der Verteilungsgerechtigkeit in entwickelten europäischen Volkswirtschaften anzusiedeln ist.

Die klassische Debatte über Verteilungsgerechtigkeit drehte sich um die Frage, ob und inwieweit der Staat die über den Markt erzeugte Verteilung des Wohlstandes korrigieren sollte und könne. Diese Frage ist jedoch heute nur noch von abstrakter theoretischer Relevanz. Gerade in Westeuropa hat sich der Staat längst in der Verteilungspolitik engagiert, sich oft zum Wohlfahrtsstaat entwickelt und in dieser Rolle unbestreitbare soziale und wirtschaftliche Erfolge erzielt. Wenn wir nun feststellen müssen, dass die Verteilungsungleichheit in Westeuropa bereits seit Jahren nicht mehr kleiner sondern grösser wird, dann müssen wir uns die Frage

nach den Ursachen und Gründen stellen, die dazu führen, dass sich der Wohlfahrtsstaat langsam in sein Gegenteil dreht. Die beiden wichtigsten Antworten sind der überstarke Einfluss kleiner aber gut organisierter Verbände auf die Politik und die Ineffizienz des öffentlichen Dienstes und der sozialen Sicherungssysteme. Bei der Lösung dieser Probleme könnte sich der ökonomische Charme der sozialen Gerechtigkeit gut entfalten, weil diese Probleme auch die Ursachen der Innovations-, Wachstums- und Beschäftigungsschwächen der Volkswirtschaft sind.

In diesem Zusammenhang ist ein zweiter Punkt wichtig: Vor allem in den letzten Jahren stellte sich für viele Bürgerinnen und Bürger die Frage nach der sozialen Gerechtigkeit von Politik weniger im Hinblick auf die Verteilung des erwirtschafteten Volksvermögens über den Markt, als in Bezug auf die politische Verteilung der Lasten und der Kosten des Strukturwandels und der Modernisierung der europäischen Gesellschaften. In Deutschland und anderswo entzündet sich die aktuelle Debatte über soziale Gerechtigkeit immer wieder daran, dass die Politik gerade auch sozialdemokratischer Regierungen einen grossen Teil der Kosten und Lasten von Strukturwandel und Modernisierung den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die sozial Schwachen und oft auch die kleinen und mittleren Unternehmen aufbürdet, während Kapitalbesitzer, die Wohlhabenden und die grossen Unternehmen die grossen Gewinner von Strukturwandel und Modernisierung sind. Zur Begründung und Rechtfertigung dieser Politik müssen die Globalisierung und die wissensbasierte Volkswirtschaft erhalten.

Die westeuropäischen Volkswirtschaften operieren schon seit vielen Jahren in einer internationalen Wirtschaft mit durchaus globalen Dimensionen. Insofern ist Globalisierung nichts Neuartiges. Folgt man dem spanisch-amerikanischen Soziologen Manuel Castells, besteht der Unterschied zwischen der neuen globalen Wirtschaft und der früheren Weltwirtschaft darin, dass erstere in realer Zeit weltweit operieren kann. Dabei ist Kapital, heisst es oft, weltweit mobil, Arbeit dagegen ist viel weniger mobil, oft weitgehend immobil. Das ist jedoch irreführend und führt zu falschen Schlussfolgerungen.

Eine häufige Schlussfolgerung aus der Einsicht in die ungleiche „Mobilität“ von Kapital und Arbeit lautet, dass Arbeit gegenüber dem Kapital ins Hintertreffen gerate und Kapital mehr denn je an Macht gewinne. Arbeit bleibe in nationalen und regionalen Grenzen, Kapital dagegen entziehe sich der Kontrolle nationaler oder gar regionaler Politik. Irreführend sind solche Aussagen insofern, als Kapital seine hohe Mobilität nur solange hat, wie es sich auf Finanzmärkten tummelt und nicht auf Realmärkten investiert wird. Sobald Kapital auf Realmärkten investiert wird, gewinnen Standortfaktoren (und damit Bedingungen, welche die Mobilität von Kapital beschränken) oft eine entscheidende Bedeutung.

Die grosse Mobilität von Kapital auf den Finanzmärkten, die durch die Ausdifferenzierung der Finanzprodukte unterstützt wird, schafft massive Probleme für die Arbeit – und nicht nur für die Arbeit, sondern auch für Innovation und Wachstum. Sie zwingt Unternehmen, die an den Börsen notiert sind, und vor allem über die Banken immer mehr auch andere Unternehmen, die sich über die Finanzmärkte finanzieren (wollen), zu kurzfristigem Handeln. Sie müssen Gewinne kurzfristig maximieren, Kosten kurzfristig optimieren und Geschäftspläne kurzfristig realisieren. Das hat negative Auswirkungen auf Innovation und Beschäftigung, aber auch auf die Leistungsfähigkeit und die strategische Anpassungsfähigkeit von Unternehmen. Da sich die Finanzmärkte weitgehend von den Realmärkten abgelöst haben, entstehen massiven Verzerrungen und Ungleichgewichten in der realen Wirtschaft und im weltweiten Handel.

Diese negative Rolle der Finanzmärkte, vor der inzwischen selbst einer der Anführer der internationalen Spekulation, George Soros, warnt, hat sehr viel zu tun mit einem Versagen

staatlicher Ordnungspolitik, insbesondere mit der Definition von Finanzprodukten und der Festlegung von Eigentumsrechten, und mit der Steuerpolitik. Die Ordnungspolitik hat die Entwicklung immer differenzierterer Finanzprodukte ohne oder mit wenig Korrespondenz zu den Realmärkten zugelassen oder gar gefördert. Sie behandelt Anteile an Kapitalgesellschaften immer noch so, als wären es Investitionen in Realmärkte und damit eine Beteiligung am unternehmerischen Risiko, während sie oft nur noch als Finanzprodukte darstellen. Die Konsequenz ist letztlich ein Verlust der Unternehmensfunktion. Gleichzeitig werden in fast allen entwickelten Volkswirtschaften die Steuerlasten einseitig auf die Arbeit geladen, während die anderen Produktionsfaktoren, Kapital und natürliche Ressourcen, sehr viel weniger belastet werden. Das alles führt auf der einen Seite zu einer Fehlsteuerung der Wirtschaft und fördert auf der anderen Seite eine wachsende Einkommens- und Vermögensungleichheit. Eine Lösung dieser Probleme, etwa durch entsprechende Veränderungen des Steuerrechts, des Aktienrechtes und anderer Regeln für die Finanzmärkte würde zur Innovationsfähigkeit und Effizienz der Wirtschaft ebenso beitragen wie zur Verteilungsgerechtigkeit - wir haben es auch hier mit einem Punkt zu tun, an dem sich der ökonomische Charme der sozialen Gerechtigkeit entfalten könnte.

Nun wird ja oft argumentiert, die Staaten oder auch die Europäische Union könne Kapital nicht in gleicher Weise besteuern oder regulieren, wie die Arbeit, weil das Kapital sich dank seiner Mobilität ja der nationalen und europäischen Besteuerung und Regulierung entziehen könne. Das wiederum würde zu einem drastischen Rückgang von Investitionen führen. Dieses Argument ist nicht völlig falsch, aber einseitig und überzogen. Es gibt steuerliche Lösungen, welche Arbeit, Kapital und den Verbrauch natürlicher Ressourcen gleichgewichtig besteuern und dennoch investitionsfreundlich und investitionsfördernd sind. Auch eine investitionsfördernde Regulierung von Finanzmärkten ist durchaus machbar. Zudem hängen Investitionsentscheidungen privaten und institutionellen Anlegern nicht nur von Steuern und Regulation ab, sondern von anderen Faktoren, die politisch gestaltbar sind.

Die Globalisierung verändert sicher auch die Wettbewerbsbedingungen in der Realwirtschaft. Allerdings werden diese Effekte oft überschätzt. Das gilt umso mehr, als immer nur Teile der nationalen Volkswirtschaften in die globale Wirtschaft eingebunden sind. Was sich allerdings massiv verändert hat, ist das Tempo und die geografische Reichweite des Strukturwandels. Dieses zwingt die entwickelten Volkswirtschaften, sich früher aus etablierten Märkten zu verabschieden und neue Märkte zu entwickeln, wenn sie ihren Lebensstandard halten oder gar ausbauen wollen.

Die Wachstums- und Beschäftigungsprobleme, mit denen viele europäische Länder gegenwärtig zu kämpfen haben, haben ihre Wurzeln in einem zu geringen Tempo und einer zu geringen Breite des Strukturwandels. Die entwickelten Volkswirtschaften können ihren Vorsprung gegenüber den weniger entwickelten Volkswirtschaften nicht durch Strukturwandel halten oder gar ausbauen. Das führt dazu, dass sich die entwickelten Volkswirtschaften in vielen Wirtschaftszweigen einer starken und oft noch wachsenden Konkurrenz aus weniger entwickelten Volkswirtschaften ausgesetzt. In dem Masse, in dem dies der Fall ist, wird soziale Gerechtigkeit im Sinne von Verteilungsgerechtigkeit und von sozialer Sicherheit zum Problem der Wettbewerbsfähigkeit, weil sie Kosten verursacht, die in einem Kostenwettbewerb entscheidend sein können, während sie bei einem Innovationswettbewerb eine weit weniger bedeutende Rolle spielen würden.

Dieses Problem kann aber nicht dadurch gelöst werden, dass man auf eine wirksame Einkommenspolitik verzichtet und bei den sozialen Sicherungssystemen immer mehr Leistungen abbaut – und das Ganze dann auch noch mit dem Prinzip begründet: Von den Bürgerinnen

und Bürgern müsse und könne mehr Eigenverantwortung verlangt werden. Solche Massnahmen sind im Gegenteil eher hinderlich, weil sie die Produktivitätsentwicklung vor allem im öffentlichen, aber auch im privaten Sektor hemmen. Sie hemmen, was noch kritischer ist, auch den Übergang zu einer wissensbasierten Volkswirtschaft. Diesen Übergang müssen die entwickelten Volkswirtschaften jedoch rascher und breiter bewerkstelligen, als das gegenwärtig der Fall ist, um Wachstum, Beschäftigung und Wohlstand zu sichern. Wie ich unten noch ausführen werde, liegt hier der grösste ökonomische Charme der sozialen Gerechtigkeit.

Die Europäische Union müsse, so haben es die Staats- und Regierungschefs auf dem Lissabonner Gipfel bestimmt, die stärkste wissensbasierte Volkswirtschaft der Welt werden. Das hört sich schon mal gut an, wenn gleich nicht so ganz klar ist, was denn eine wissensbasierte Volkswirtschaft ausmacht. Oft wird ja einfach die Volkswirtschaft des Informationszeitalters als wissensbasiert bezeichnet ohne dass klar gemacht wird, was „wissensbasiert“ wirklich bedeutet. Oft wird gesagt, die wissensbasierte Volkswirtschaft sei eine Volkswirtschaft, in welcher Wissen der zentrale Produktionsfaktor ist und die sich deshalb immer mehr um die Produktion von Wissen statt um die Produktion von Gütern drehen würde.

Das sagt jedoch wenig. Schon die Phoenizier wären ohne ihr überlegenes geografisches und nautisches Wissen eben so wenig zur führenden Handelsmacht aufgestiegen und lange zuvor baute die chinesische Wirtschaft auf überlegenem Wissen auf. Die industrielle Revolution hat eine Wirtschaft geschaffen, die systematisch auf der Umsetzung von Wissen in Technologie basiert und in der Wissen selbstverständlich der zentrale Produktionsfaktor. Henri Ford hat das auch noch in die Arbeitsorganisation übertragen.

Eine interessantere Antwort gibt die OECD in einer Studie aus dem Jahre 1996, in welcher argumentiert wird, in der wissensbasierten Volkswirtschaft sei Wissen zwar die zentrale, aber keineswegs eine knappe Ressource. Das zeichnet das Bild einer Wirtschaft, die von einer enormen und immer mehr entfesselten Wissensproduktion geprägt und getrieben wird. Das Bild stützt sich nicht etwa auf die Annahme einer Wissensrevolution, also einer grundlegenden, radikalen Veränderung des Wissens, sondern auf die Beobachtung, dass das Wissen schon seit vielen Jahrzehnten exponentiell wächst und sich quantitativ etwa alle fünf bis sieben Jahre verdoppelt. Die wichtigste Folge dieser Entwicklung ist, dass Wissen in so grosser Menge und so kurzer Zeit produziert wird, dass die Menge des wirtschaftlich verwertbaren Wissens oft die tatsächlichen wirtschaftlichen Verwertungsmöglichkeiten übersteigt. Dadurch ist nicht mehr das Wissen wirtschaftlich der knappe Faktor, sondern die Fähigkeit, Wissen wirtschaftlich sinnvoll zu nutzen. Was also neu ist an der wissensbasierten Volkswirtschaft, ist nicht dass Wissen der zentrale Produktionsfaktor ist, sondern dass dieser Faktor nicht mehr knapp ist.

Aus diesem Sachverhalt könnte man die Schlussfolgerung ziehen, dass in dem Masse in dem Wissen nicht mehr knapp ist, sich die Wissensproduktion entsprechend der ökonomischen Logik wieder verlangsamt, weil es sich für Unternehmen und die Politik nicht mehr lohnt, in einen nicht knappen Faktor zu investieren. Lohnend müsste es vielmehr sein, in die knapp gewordene Fähigkeiten zur wirtschaftlichen Nutzung von Wissen zu investieren. So einfach ist die Realität jedoch nicht. Die enorme Wissensproduktion erzeugt zwar mehr Wissen, als tatsächlich wirtschaftlich genutzt werden kann und hebt insofern die Knappheit von Wissen auf. Sie hebt jedoch nicht die „Schumpetersche Logik“ auf, der zufolge Unternehmen und Volkswirtschaften an der Spitze der Wissensproduktion temporäre Monopole erzielen können, die bei Unternehmen hohe Erträge und bei Volkswirtschaften rasches Wachstum und hohe Beschäftigung versprechen.

Diese Logik der wissensbasierten Volkswirtschaft hat zwei Implikationen, die in bezug auf soziale Gerechtigkeit, insbesondere auch Verteilungsgerechtigkeit, besonders wichtig sind:

- In der wissensbasierten Volkswirtschaft wird die wirtschaftliche Entwicklung nicht nur durch die technologische Entwicklung vorangetrieben, sondern oft von den Märkten gezogen.
- Entgegen verbreiteten Annahmen dominiert in der wissensbasierten Volkswirtschaft nicht Wissensarbeit, welche auf die Erzeugung von Wissen ausgerichtet ist, sondern ein breiteres Spektrum von Wissensarbeit, das auch die Vermittlung, Verbreitung und Anwendung von Wissen umfasst.

Zum ersten Punkt: Wissenschaftliche Studien zeigen, dass das Innovationstempo und die Reichweite von Innovationen drastisch erhöht werden können, wenn „technology push“ -Strategien mit „market pull“ -Strategien verbunden werden. Dabei geht es auf der Marktseite vor allem um die Entwicklung von Leitmärkten, also von den Märkten, auf denen neue Produkte eingeführt, getestet und fortentwickelt werden und auf denen die wichtigsten Standards definiert werden. Neuere Studien aus der empirischen Innovationsforschung zeigen auch, dass bei neuen Technologien oder neuem Wissen die meisten Arbeitsplätze nicht mehr dort entstehen, wo die Technologie oder das Wissen produziert wird, sondern dort, wo Leitmärkte für die kommerzielle Anwendung dieser Technologie oder dieses Wissens entspringen. Zunehmend folgt zudem die Forschung und Entwicklung den Märkten und nicht mehr umgekehrt.

Die wissensbasierte Volkswirtschaft wird sich also nicht dort am schnellsten entwickeln und ausbauen, wo sie allein von der wissenschaftlich-technischen Seite angetrieben wird, sondern dort, wo sie gleichzeitig durch starke Märkte gezogen wird. Diese Einsicht steht im Kontrast zu der immer noch einseitig technologieorientierten Politik der Europäischen Union und der meisten ihrer Mitgliedsländer. Sie steht in noch stärkerem Kontrast zu der politischen Behandlung des Themas soziale Gerechtigkeit in vielen Ländern, nicht zuletzt in sozialdemokratisch regierten Ländern Europas.

Leitmärkte entspringen vor allem dort, wo eine starke Nachfrage und ein innovationsfreundliches Klima existieren. Eine starke Nachfrage setzt Kaufkraft voraus. Da die für die Entwicklung der wissensbasierten Volkswirtschaft strategisch wichtigen Technologiebereichen (insbesondere bei der Informations- und Kommunikationstechnologie und bei der Biotechnologie) stark auf Endverbraucher ausgerichtet sind, geht es hier insbesondere um die Massenkraft. Die Massenkraft bestimmt also in weiten Teilen das Tempo, mit dem der Übergang zur wissensbasierten Volkswirtschaft geschaffen werden kann und die Stärke der wissensbasierten Volkswirtschaft. Mit anderen Worten: Das Ziel, die Europäische Union rasch zur stärksten wissensbasierten Volkswirtschaft zu machen, lässt sich nur dann realisieren, wenn es gelingt, in der Europäischen Union die Massenkraft auf einem möglichst hohen Niveau zu sichern.

Das ist in vielen Ländern der Europäischen Union längst nicht mehr der Fall. Die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte und ihre Ausgaben sind seit der Mitte der 1990er Jahre rückläufig oder stagnieren bestenfalls. Gleichzeitig sind auch die Verteilungsungleichheit und die Armut gestiegen. Darüber hinaus sind die Lasten der Reform des öffentlichen Gesundheitssystems und der anderen sozialen Sicherungssysteme in vielen Ländern einseitig auf untere Einkommensgruppen verteilt worden. Das schlägt sich längst ganz offensichtlich in einer massiven Zurückhaltung der Konsumenten nieder. Die Verteilungspolitik hat also in vielen Ländern der Europäischen Union die Massenkraft deutlich geschwächt – und baut damit massive Hemmnisse für die Entwicklung der wissensbasierten Volkswirtschaft auf.

Ich will das noch einmal deutlich hervorheben: Der von Anthony Giddens, dem deutschen Wirtschaftsminister Wolfgang Clement und vielen anderen sozialdemokratischen Politikern und Wissenschaftlern propagierte Verzicht auf die herkömmliche Verteilungspolitik, fördert die Entwicklung der wissensbasierten Volkswirtschaft in der Europäischen Union nicht, sondern hemmt diese. Das gilt umso mehr, als sie auch ein Klima erzeugt, das unfreundlich für Modernisierung und Innovation ist.

In Deutschland und anderen Ländern der Europäischen Union werden Innovation und Modernisierung für viele Menschen zur Bedrohung – nicht nur subjektiv, sondern auch objektiv. Von diesen Menschen kann man keine Innovationsoffenheit und auch keine Modernisierungsbereitschaft erwarten. Da es sich dabei überwiegend um Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer handelt, stellen sich auch die Gewerkschaften oft der Modernisierung und manchen Innovationsprojekten entgegen – oft durchaus im gut wahrgenommenen Interesse ihrer Mitglieder. Das schafft (unnötige) Verteilungskonflikte, welche die Entwicklung der wissensbasierten Volkswirtschaft ebenfalls hemmen, statt fördern - die voreilige Beseitigung der korporatistischen Strukturen in Deutschland und anderen europäischen Ländern ist keineswegs ein Sieg für Strukturwandel, Innovation und Modernisierung. Ich will das hier nicht weiter ausführen – obwohl es dazu noch viel Interessantes zu sagen gäbe, sondern mich dem zweiten der oben genannten beiden Punkte zuwenden.

Im Rahmen der Entwicklung der wissensbasierten Volkswirtschaft bildet sich ein Typus von Arbeit heraus, den man mit guten Gründen als „Wissensarbeit“ bezeichnen kann. Wissensarbeit heisst aber nicht nur, die Arbeit, deren Zweck darin besteht, Wissen zu erzeugen, sondern umfasst ein breites Spektrum von Tätigkeiten zur Vermittlung, Verbreitung und Anwendung von Wissen. Zur Wissensarbeit gehört also beispielsweise auch die Facharbeit, deren spezifisches Erfahrungswissen notwendig ist, um ein neues Produkt fertigungsfreundlich zu gestalten oder es in der Produktion rasch und möglichst fehlerfrei hochzufahren. All diese Tätigkeiten definieren die Fähigkeit von Unternehmen und ganzen Volkswirtschaften, neues Wissen wirtschaftlich sinnvoll zu nutzen – und dies vor allem auch rasch tun zu können.

Die Fähigkeit von Unternehmen und ganzen Volkswirtschaften, neues Wissen wirtschaftlich sinnvoll zu nutzen, hängt, wie unter anderem die OECD hervorhebt, nicht nur von wissenschaftlich-technischem Wissen ab, sondern ebenso von Erfahrungswissen und von sozialem Beziehungswissen. Die unterschiedlichen Formen des Wissens gehen gerade in der wissensbasierten Volkswirtschaft eine immer engere Symbiose ein, kein eng auf explizites wissenschaftlich-technisches Wissen definierte Wissensarbeit erfordert, sondern Wissensarbeit, welche über die ganze Innovations- und Produktionskette Theorie- und Faktenwissen, Erfahrungswissen und soziales Beziehungswissen systematisch und breit nutzt. Wissensarbeit ist also keine Arbeitsform, die spezifisch für relativ wenige wissenschaftlich ausgebildete Arbeitskräfte ist, sondern, die Arbeit auf fast allen Ebenen prägt – und die auch ein gutes Zusammenspiel von Arbeit über unterschiedliche Ebenen hinweg erfordert.

In diesem Zusammenhang gewinnen die von Anthony Giddens, Wolfgang Clement und anderen sozialdemokratischen Modernisierern als die zeitgemässen Dimensionen von sozialer Gerechtigkeit hervorgehobene Leistungsgerechtigkeit und Chancengerechtigkeit sicher eine ganz wichtige Rolle. Allerdings – und das übersehen die genannten Modernisierer oft – sind Leistungsgerechtigkeit und Chancengerechtigkeit dabei eng und nicht separierbar mit Verteilungsgerechtigkeit verbunden. Ich will nur am Rande erwähnen, dass die Definitionen von Leistungsgerechtigkeit und Chancengerechtigkeit bei vielen sozialdemokratischen Moderni-

sieren keineswegs modernen Erkenntnissen entsprechen, sondern eher dem Denken des vorletzten Jahrhunderts.

Leistung und die Bereitschaft, immer wieder zu Lernen, muss sich gerade in der wissensbasierten Volkswirtschaft für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer lohnen – und nicht bloss für wenige sogenannte Leistungsträger. Sie muss insbesondere auch im sozialen Vergleich der unteren und der durchschnittlichen Einkommen mit den oberen Einkommen und den Spitzeneinkommen und in Bezug auf die soziale Sicherheit als lohnend wahrgenommen werden. Andernfalls kommt es zu motivationalen Schiefen und zu massiven Verzerrungen beim Arbeitsangebot. Wenn im sozialen Vergleich untere und mittlere Einkommen als ungerecht wahrgenommen werden, verlieren die entsprechenden Tätigkeiten ihre Attraktivität. Auf längere Sicht schlägt sich das nieder in einem Unterangebot an Facharbeit und anderen für die wissensbasierte Volkswirtschaft wichtigen, aber vergleichsweise „unterbezahlten“ Tätigkeiten und in einem Überangebot an eng definierter Wissensarbeit. Beides hemmt die Entwicklung der wissensbasierten Volkswirtschaft ganz entscheidend.

In diesem Punkt sollte man sich keinesfalls auf die Kraft der Arbeitsmärkte verlassen. Die Arbeitsmärkte können zwar ein Überangebot an eng definierter Wissensarbeit kurzfristig sanktionieren, erzeugen damit aber Arbeitslosigkeit und Motivationsverluste, die sich wiederum motivationalen Schiefen und längerfristigen Angebotsverzerrungen niederschlagen. Das Unterangebot an breiter definierter Wissensarbeit können Arbeitsmärkte allenfalls langfristig ausgleichen, weil dahinter ja längere Bildungszeiten und frühe Bildungsentscheidungen stehen. Es ist viel sinnvoller, wenn Leistungsgerechtigkeit in der Verteilung der Einkommen so abgesichert wird, dass für untere, mittlere und obere Einkommen ein Verhältnis von Lern- und Leistungskosten zu Einkommens- und Sicherheitsnutzen entsteht, das auf breite Akzeptanz stösst und als gerecht wahrgenommen wird.

Das gleiche gilt analog auch für die Chancengleichheit bei der Bildung. In Deutschland und anderen Ländern der Europäischen Union hängen Bildungschancen immer noch entscheidend von der sozialen Herkunft ab – unter den Ländern, die sich an PISA beteiligt haben, ist Deutschland das Schlusslicht. Ungleiche Bildungsvoraussetzungen beim Eintritt in das Bildungssystem werden durch das Bildungssystem in Deutschland und anderen Ländern der Europäischen Union nicht kompensiert, sondern noch verschärft. Das betrifft die Länder mit einem gegliederten Bildungssystem, das ja auch das schichtspezifische Bildungsdenken des vorletzten Jahrhunderts wiedergibt.

Ich will meine Ausführungen an dieser Stelle einfach abrechnen, obwohl sich in vielen anderen Punkten zeigen liesse, dass der raschen Entwicklung einer starken wissensbasierten Volkswirtschaft in der Europäischen Union mit einer Politik, die soziale Gerechtigkeit gerade auch im Sinne von Verteilungsgerechtigkeit nachhaltig vorantreibt viel mehr gedient wäre, als mit der neudefinierten Gerechtigkeitspolitik vieler sozialdemokratischer Modernisierer in Europa. Die moderne wissensbasierte Volkswirtschaft ist mit ihren hohen Anforderungen an die Fähigkeit von Unternehmen und ganzen Volkswirtschaften und die damit verbundenen Anforderungen an Wissen und Lernbereitschaft der Menschen noch viel egalitärer als dies die Wirtschaft der Industriegesellschaft war. Die soziale Gerechtigkeit, insbesondere die Verteilungsgerechtigkeit, hat also für die wissensbasierte Volkswirtschaft noch sehr viel mehr ökonomischen Charme als für die Volkswirtschaft des Industriezeitalters. Weil sie diesen ökonomischen Charme der sozialen Gerechtigkeit nicht begriffen haben, haben viele europäischen Sozialdemokraten eine historische Chance verpasst, ihre traditionellen Werte mit Modernisierung, Innovation und Wachstum zu verknüpfen und die westeuropäischen Gesellschaften aus überkommenen Verteilungskonflikten heraus zu führen.